

*Der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz setzt sich ein für die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz lebenden Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie für das solidarische Zusammenleben von Angehörigen der einheimischen Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten.*

*Der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz ist ein landesweites Netzwerk der Migrationsarbeit. Er setzt sich aus Mitarbeiter*innen von Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Integrationsbeauftragten sowie Mitgliedern der direkt gewählten Beiräte für Migration und Integration sowie aus Personen zusammen, die im Handlungsfeld „Antirassismus, Asyl, Integration und Migration“ haupt- oder ehrenamtlich auf Landesebene oder auf kommunaler Ebene in Vereinen, Projekten oder Initiativen engagiert sind. Durch eine Vielzahl von Vernetzungs- und Informationsangeboten organisiert der Initiativ Ausschuss den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen potentiell allen Akteur*innen der Migrationsarbeit in Rheinland-Pfalz.*

*Über seine Vernetzungsarbeit hinaus erarbeitet und vertritt der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz Positionspapiere und Stellungnahmen zu relevanten migrationspolitischen Themen, bietet er Fort- und Weiterbildungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und zu sonstigen Fragestellungen der interkulturellen Arbeit an, berät er Multiplikator*innen und Betroffene in aufenthalts-, asyl- und einbürgerungsrechtlichen Fragen, leistet er Öffentlichkeits- und Informationsarbeit u.a. durch Pressemitteilungen, öffentliche Informationsveranstaltungen und -broschüren und arbeitet er auf kommunaler sowie landes- und bundesweiter Ebene in Gremien mit.*

Gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren auf die Arbeit des Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz im Jahre 2019

Die folgenden - teilweise gegenläufigen - Entwicklungen und Ereignisse haben im Jahr 2019 die Rahmenbedingungen der Arbeit des Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz stark beeinflusst:

Weltweit: Die sozialen Medien gewinnen stark an Relevanz: Im Berichtsjahr 2019 hat sich die Relevanz der sozialen Medien allgemein und insbesondere auch im Hinblick auf die gesellschaftliche Debatte um Menschenrechte, Minderheitenrechte und den Flüchtlingsschutz weiter erhöht. Sie sind zum einen - wie der live ins Netz übertragene Anschlag von Halle im Oktober 2019 beispielhaft zeigt - zum Nährboden, Treiber und Forum für Hass, Hetze und Gewalt geworden und zum anderen zu unverzichtbaren Kommunikations- und Mobilisierungskanälen für Initiativen und Bewegungen geworden, die sich für Flüchtlingsschutz, Menschenrechte und die Überwindung von Rassismus engagieren. Ihre Bedeutung wird weiter wachsen, für den Initiativ Ausschuss, der bislang nicht in den sozialen Medien agiert hat, stellte sich 2019 die Aufgabe, erste Überlegungen anzustellen und Schritte einzuleiten, um seine Anliegen in den sozialen Medien platzieren, bewerben und kommunizieren zu können.

Europa-, bundesweit und auf kommunaler Ebene: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus haben sich etabliert, zu einer Verschiebung des Diskurses und zur Zunahme von Rassismus und rassistischer Gewalt geführt!

Die bereits seit dem Jahr 2016 zu konstatierende, von Rechtspopulisten angestoßene, Verschiebung des Diskurses zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen hat sich im Jahr 2019 fortgesetzt und die Mitte der Gesellschaft erreicht. Die Schutzbedürftigkeit von Flüchtlingen wurde in der Debatte zugunsten eines ihnen unterstellten Gefährdungspotentials für die kulturelle Identität, die wirtschaftliche Prosperität und die innere Sicherheit zurückgesetzt. In der Folge wurden Menschen und

Strukturen, die sich für die Belange von Schutzsuchenden engagieren, zunehmend kriminalisiert; europaweit, in der Bundesrepublik und auch in unserem Bundesland. Stichworte, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind: Strafrechtliche Verfolgung von ehrenamtlichen Seenotretter*innen; Entzug der Gemeinnützigkeit für Organisationen, die Menschenrechtspositionen formulieren; Strafanzeigen mit anschließenden Hausdurchsuchungen bei kirchenasylgewährenden Gemeinden in Rheinland-Pfalz. Parallel zu und unterstützt durch diese Entwicklungen wurden im öffentlichen Diskurs auch in der Mitte der Gesellschaft rassistische Vorurteile gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten gestärkt und Haltungen salonfähig (gemacht), die die Einschränkung von Menschenrechten als legitimes Mittel zum Zweck der Abwehr der Gefahren betrachten, die angeblich von Flüchtlingen und Migrant*innen ausgehen. Für den Initiativausschuss bestand im Berichtsjahr 2019 die Aufgabe, diesen Entwicklungen durch Veranstaltungen und seine Öffentlichkeitsarbeit entschieden entgegenzutreten.

Zeitgleich auf globaler Ebene: Die Klimabewegung erstarbt und öffnet sich für Flüchtlingsschutz und Menschenrechtsschutz

Das Jahr 2019 markiert den starken Aufschwung junger (globaler bzw. internationaler) sozialer Bewegungen für Nachhaltigkeit, Klima- und Generationengerechtigkeit. Im Rahmen dieser Bewegungen wurden - ausgehend von der Überzeugung, dass Klimaschutz einen Beitrag zur Reduzierung von Fluchtursachen darstellt - auch Asyl- und Migrationsfragen aufgegriffen und diskutiert. Für den Initiativausschuss war es daher im Berichtsjahr wichtig, sich mit diesen Akteur*innen zu vernetzen und gemeinsam mit ihnen zu agieren.

Europaweit: Situation an den europäischen Außengrenzen spitzt sich zu

Das Jahr 2019 hat an den Außengrenzen der Europäischen Union deutlich gemacht, dass der Rückgang der Zahlen von Schutzsuchenden in Deutschland und in Rheinland-Pfalz nicht auf die Befriedung bestehender Konflikte und Krisen in den Herkunftsländern zurückzuführen ist, sondern auf Abschottungsmaßnahmen insbesondere der Europäischen Union. Die dramatische Situation von Schutzsuchenden vor den Toren und an den Rändern Europas (auf dem Mittelmeer, in Libyen, Libanon, Türkei, Griechenland, Balkan-Staaten) hat auch in Rheinland-Pfalz zu einer Debatte darüber geführt, ob und wie angesichts der offensichtlichen Untätigkeit der Europäischen Kommission und der Bundesregierung das Land in eigener Verantwortung Schutzsuchende aufnehmen kann und soll. Der Initiativausschuss hat sich im Berichtsjahr an dieser Debatte umfangreich beteiligt und durch Bündnisarbeit die Weichen für eine im April 2020 veröffentlichte Forderung von Kirchen, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen nach einem „Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge in Not“ gestellt.

Auf Bundesebene: Bundestag und Bundesrat beschließen das sogenannten „Migrationspaket“

Das im Sommer 2019 beschlossene und in weiten Teilen bereits 2019 in Kraft getretene sogenannte „Migrationspaket“ wurde von Bundestag und Bundesrat in einer bislang kaum gekannten Geschwindigkeit verabschiedet, die es zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und parlamentarischer Opposition nahezu verunmöglichten, bei Anhörungen und durch Stellungnahmen Bedenken, Einwände und Anregungen geltend zu machen. Einzelne, zentrale Bestandteile des Gesetzespakets wurden - obwohl Belange der Länder berührt waren - als Einspruchsgesetze ausgestaltet, um die Zustimmungspflicht des Bundesrates zu umgehen. Hiervon insbesondere betroffen war das „2. Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“, das neben zahlreichen weiteren Restriktionen Asylsuchenden die Pflicht auferlegte, grundsätzlich während des gesamten Asylverfahrens in den Erstaufnahmeeinrichtungen und sogenannten „Ankerzentren“ zu verbleiben, für die die Länder zuständig sind.

Konkret verabschiedet wurden im Migrationspaket insgesamt acht Gesetze, darunter auch das sogenannte Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das erst zum 1. März 2020 in Kraft getreten ist. Besonders relevant für die Arbeit des Initiativausschusses im Berichtszeitraum waren die folgenden Gesetze:

Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht (In Kraft getreten zum 21. August 2019):

- Pflicht zum längeren - in bestimmten Konstellationen dauerhaften - Verbleib von Schutzsuchenden in Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder;
- Ausweitung von Haftgründen zur Durchsetzung der Ausreisepflicht;
- Aufhebung des Trennungsgebots zwischen Abschiebe- und Strafhaft;
- Einführung eines Ausschlusses von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für Personen, die in einem anderen EU-Staat bereits einen Schutzstatus erhalten haben, sowie Erweiterung der Leistungskürzungen, z.B. bei unterstellter Identitätstäuschung und unterstellten Verletzungen von Mitwirkungspflichten und in „Dublin-Fällen“

Drittes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (In Kraft getreten zum 1. September 2019):

- Anpassung der AsylbLG-Leistungssätze an die allgemeine Preissteigerung bei gleichzeitiger Neueinstufung von alleinstehenden Schutzsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften aus der Regelbedarfsstufe 1 (Alleinstehende) in die Regelbedarfsstufe 2 (Gleichbehandlung mit Ehepaaren) wegen vermeintlicher „Synergie- und Einspareffekte“. Im Ergebnis erhalten die Betroffenen durch die Gesetzesänderung keine höheren, sondern geringere Leistungen als bisher

Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung (In Kraft getreten zum 1. Januar 2020):

- Neuregelung der Voraussetzungen für die Erteilung einer Ausbildungsduldung, insbesondere Einführung des Erfordernis des Nachweises fristgerechter Bemühungen zur Identitätsklärung;
- Einführung der Beschäftigungsduldung mit hohen Erteilungsvoraussetzungen: insgesamt 11 Voraussetzungen, die teilweise auch vom Ehegatten/Lebenspartner*in und den minderjährigen Kindern erfüllt werden müssen, und nur bei Einreise bis 01. August 2018

Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes (In Kraft getreten zum 1. Juli 2019):

- Schutzberechtigten wird nun dauerhaft für drei Jahre eine Wohnsitzauflage für ein Bundesland erteilt. Ausnahmen sind nur unter engen Voraussetzungen möglich.

Die Neuregelungen sind hochkomplex und sowohl für Hauptamtliche in der Verwaltung und der Beratung von Schutzsuchenden wie auch für Menschen, die Schutzsuchende ehrenamtlich begleiten, eine immense Herausforderung, die sich beim Initiativausschuss in deutlich erhöhten Beratungszahlen niedergeschlagen hat.

Auf europäischer Ebene /Bundesebene: Europawahlen am 26. Mai 2019

Die Europawahlen vom 23. bis 26. Mai 2019 - Wahltermin in der Bundesrepublik Deutschland war der 26. Mai 2019 - waren angesichts europaweit erstarkender nationalistischer Bewegungen auch für den Initiativausschuss ein zentrales Thema im Jahr 2019. Als Organisation, die sich für gesellschaftliche Gleichbehandlung und Solidarität engagiert, war es eine Aufgabe des Initiativausschusses, die Menschen in Rheinland-Pfalz - die diese Ziele teilen - auf die Bedeutung der Europawahl hinzuweisen und zur Teilnahme an der Europawahl zu ermutigen.

Auf Landesebene: Rheinland-pfälzische Vorreiterrolle bei Abschiebungen

Die Durchsetzung der Ausreisepflicht steht regelmäßig in einem Spannungsverhältnis zwischen dem staatlichen Vollzugsinteresse und (auf den Einzelfall bezogenen) humanitären Erwägungen. Die rheinland-pfälzische Landesregierung und die kommunalen Verwaltungen hatten in der Vergangenheit ihre Gestaltungsspielräume immer wieder dazu genutzt, in der Flüchtlingspolitik einen schonenden Ausgleich zwischen beidem herbeizuführen. Im Jahr 2019 allerdings - wie auch schon im Jahr 2018 - haben die zuständigen Behörden in Rheinland-Pfalz sich von dieser Praxis entfernt. Rheinland-Pfalz ist im bundesweiten Vergleich - gemessen an seiner Aufnahmequote - zu einem der Länder mit

der höchsten „Abschiebequote“ geworden. Diese Entwicklung hat der Initiativausschuss im Jahr 2019 im Interesse der Menschen, für deren Rechte er streitet, in seiner Öffentlichkeitsarbeit und im Gespräch mit politisch Verantwortlichen thematisiert und scharf kritisiert.

Auf kommunaler Ebene: Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz am 26. Mai 2019

Die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, die zeitgleich mit der Europawahl am 26. Mai 2019 stattgefunden haben, waren ein wichtiges Handlungsfeld des Initiativausschusses im vergangenen Jahr. Um einen Beitrag zur Abwendung des Erstarkens von rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und Wähler*innenlisten vor Ort zu leisten, war es die Aufgabe des Initiativausschusses, Menschen zur Teilnahme an der Kommunalwahl zu ermutigen, die gruppenbezogen menschenfeindlichen Vereinigungen ablehnend und dem Einsatz für Menschenrechte positiv gegenüberstehen. Hierzu war es insbesondere erforderlich, ihnen die besondere Relevanz der kommunalen Parlamente und Verwaltungen für die Ausgestaltung einer menschenrechtsorientierten Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik deutlich zu machen.

Auf kommunaler Ebene: Wahlen zu den kommunalen Beiräten für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz

Am 27. Oktober wurden in 48 Kommunen in Rheinland-Pfalz die Beiräte für Migration und Integration neu gewählt. Seit über 25 Jahren fungieren die Beiräte für Migration und Integration in den rheinland-pfälzischen Kommunen als Botschafter*innen, Brückenbauer*innen und Berater*innen: Sie geben Migrant*innen und Flüchtlingen eine Stimme, bringen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte zusammen und beraten Politik und Verwaltung, um Integrationsprozesse erfolgreich gestalten zu können. Weil Integration vor allem vor Ort gelingt oder misslingt und die wichtige Arbeit der Beiräte Anerkennung und Unterstützung verdient, hat der Initiativausschuss im vergangenen Jahr intensiv an der Steuerungsgruppe zur Vorbereitung der Beiratswahlen mitgewirkt und es war eine seiner Aufgaben im Berichtsjahr, die wahlberechtigte Bürger*innen zur Teilnahme an den Beiratswahlen aufzurufen und zu motivieren.

Auf Organisationsebene: Roland Graßhoff geht in den Ruhestand

Für den Initiativausschuss ist im Oktober 2019 eine Ära zu Ende gegangen. Nach mehr als 30 Jahren als Geschäftsführer der Organisation ist Roland Graßhoff in den Ruhestand gegangen. Damit verbunden war eine herausfordernde Phase der Neuorientierung, die das 2. Halbjahr 2019 stark geprägt hat.

Maßnahmen und Aktivitäten im Jahr 2019

Vor dem Hintergrund der vorangestellten Entwicklungen hat sich der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz im Jahr 2019 schwerpunktmäßig darum bemüht, Debatten um „Asyl, Migration und Integration“ zu versachlichen und haupt- und ehrenamtlich in diesem Themenfeld aktive Personen zu stärken und (weiter) zu qualifizieren. Hierzu hat er:

- *Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Multiplikator*innen angeboten, die auf die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen, Migrant*innen und Minderheiten abzielten. Dabei lag der Scherpunkt - abgestimmt auf die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen des Aufenthaltes - auf der gesellschaftlichen Integration von Geflüchteten nach dem Abschluss ihres Asylverfahrens. Zielgruppe der Angebote waren i.d.R. haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Engagierte sowie Mitarbeitende in Verwaltung, Regeldiensten und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen;*
- *Presse-, Öffentlichkeits-, Informationsarbeit geleistet, die darauf abzielte, aktuelle gesellschaftliche Debatten um „Asyl und Migration“ zu versachlichen. Mit Blick auf die oben geschilderten Entwicklungen lagen im Jahr 2019 Schwerpunkte auf den Fragestellungen „Durchsetzung der Ausreisepflicht abgelehnter Asylsuchender sowie weitere rechtliche Restriktionen gegenüber Schutzsuchenden und Schutzberechtigten“, „Herausforderungen bei der Integration von Bleibe-*

berechtigten und Geduldeten in den Arbeitsmarkt“ sowie „Auseinandersetzung mit Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus“.

- über Gremien- und Lobbyarbeit bei Entscheidungsträger*innen insbesondere auf Landesebene und in den Kommunen für die Verbesserung der rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen der Aufnahme und Integration von Migrant*innen und Flüchtlingen geworben und versucht, eine Versachlichung gesellschaftlicher Debatten hierzu zu erreichen.

1. Beratung- und Qualifizierung

Die Planung und Durchführung eigener (Fortbildungs-)Veranstaltungen und die inhaltliche und/oder organisatorische Beteiligung an (Fortbildungs-)Veranstaltungen externer Partner war auch im Berichtsjahr ein zentrales Handlungsfeld des Initiativausschusses. Die im Folgenden in diesem Kapitel beschriebenen Einzelmaßnahmen zielten darauf ab, haupt- und ehrenamtlich in der Migrations- und Asylarbeit aktive Personen und Menschen, die sich im Rahmen ihrer übergreifenden Tätigkeit mit Belangen von Migrant*innen und Flüchtlingen befassen (müssen), zu stärken, weiter zu qualifizieren und zu unterstützen. Dabei lag der Schwerpunkt der Maßnahmen auch im Berichtsjahr 2019 auf Maßnahmen zur Qualifizierung und Unterstützung von Personen, die in der Flüchtlingsberatung und -begleitung aktiv waren. Im Einzelnen:

1.1. Fortbildungen zum Asylverfahrens-, Asyl-, Aufenthalts- und Sozialleistungsrecht

Der Initiativausschuss hat im Berichtsjahr auf die Qualifizierungsbedarfe von Einrichtungen reagiert, in denen Menschen sich haupt- oder ehrenamtlich für die Rechte und Belange von Flüchtlingen engagieren. Die Qualifizierungsangebote des Initiativausschusses im Berichtsjahr 2019 im Einzelnen:

Nr.	Datum	Ort	Veranstalter*in	Thema	Zielgruppe	Dauer	Wer
1	06.02.	Mainz-Gonsenheim	Netzwerk für Flüchtlinge Gonsenheim	Asylrecht – wo stehen wir?	Ehrenamtliche in der Flüchtlingsunterstützung und -beratung	Abendveranstaltung	RG
2	22.02.	Mainz	Volkshochschule Mainz	Grundlagen des Asylrechts	Ehrenamtliche Sprachmittler	dreistündig	RG
3	27.02.	Mainz	Initiativausschuss	Durchsetzung der Ausreisepflicht (in Rheinland-Pfalz) – Zahlen und aktuelle Entwicklungen	Haupt- und Ehrenamtliche der Integrations- und Asylarbeit	einstündig	RG/TJ
4	11.03	Worms	Arbeitskreis Asyl und Migration Worms	Instrumente des Schutzes vor Rassismus und Diskriminierung	Interessierte Öffentlichkeit	einstündig	TJ

5	12.03.	Mainz	Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Mainz	Seminar „Aktuelle Fragestellungen im Flüchtlingsrecht“	Fachkräfte der sozialen Dienste, Lehrkräfte, Beschäftigte in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit	ganztägig	RG
6	27.03.	Neustadt/ Weinstraße	Diakonie der Pfalz und andere	Grundlagen des Familiennachzugs	Hauptamtliche der Migrationsberatung	Abendveranstaltung	RG
7	27.03.	Mannheim	Bundesmigrationskonferenz der IG Metall	Instrumente des Schutzes vor Rassismus und Diskriminierung	Betriebsrät*innen und Vertrauensleute der IG Metall	dreistündig	TJ
8	17.04.	Speyer	Diakonie der Pfalz	Aktuelle Rechtsfragen rund um Asyl und Flucht (z.B. Beschäftigungsduldung)	Hauptamtliche der Migrationsberatung	vierstündig	RG
9	18.04.	Mainz	Handwerkskammer Mainz	Junge Flüchtlinge in der Berufsausbildung	Flüchtlings- und Integrationslotsen	zweistündig	RG
10	08.05.	Mainz	Initiativausschuss	Gesetzliche Neuregelung von Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung	Haupt- und Ehrenamtliche der Integrations- und Asylarbeit	einstündig	RG
11	21.05.	Trier	Bistum Trier und andere	Konkrete Fälle in der kollegialen Beratung	Flüchtlings- und Verfahrensberater*innen im „willkommen-netz.de“	dreistündig	RG
12	07.06.	Trier	Caritasverband Trier	Der Stand der Dinge – Woher und wohin im Einwanderungsland Deutschland?	Caritasverband Trier	ganztägig	TJ

13	24.06.	Mainz	in-procedere und ism Mainz	Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten – Bleiberecht durch Arbeit	Hauptamtliche Berater*innen im IQ-Netzwerk	ganztägig	RG
14	18.06.	Mainz	Flüchtlingsrat RLP	Auswertung der Ergebnisse der Kommunalwahlen RLP und der Europawahl	Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit	einstündig	TJ
15	28.06.	Bitburg	DRK Bitburg-Prüm	Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung sowie Niederlassungserlaubnis und Einbürgerung	Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen des DRK Bitburg-Prüm	vierstündig	RG
16	17.09.	Mainz	Initiativausschuss	Erste rechtliche Anmerkungen zum Migrationspaket	Haupt- und Ehrenamtliche der Integrations- und Asylarbeit	einstündig	RG
17	18.09	Mainz	Caritasverband für die Diözese Mainz	Aktuelle Fragestellungen des Migrationsrechts	Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen des Caritasverband Mainz	dreistündig	RG
18	12.11.	Mayen	Caritas Mayen	Aktuelle Fragestellungen des Migrationsrechts	Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen des Caritasverbandes	zweistündig	ACB
19	3.12.	Mainz	Initiativausschuss	Erste Erfahrungen mit der Umsetzung des Migrationspakets in Rheinland-Pfalz	Haupt- und Ehrenamtliche der Integrations- und Asylarbeit	einstündig	ACB



20	18.12.	Mainz	DGB RLP	Möglichkeiten der Landesaufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland	Flüchtlingsberater*innen und –begleiter*innen mit gewerkschaftlichem Bezug	einstündig	TJ
----	--------	-------	---------	--	--	------------	----

1.2. Unterstützung von haupt- und ehrenamtlichen Berater*innen in Einzelfällen

Der Schwerpunkt innerhalb des Handlungsfeldes Beratung und Qualifizierung von Haupt- und Ehrenamtlichen insbesondere im 2. Halbjahr 2019 lag - anders als in den Vorjahren, in denen kollektive Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote ein größeres Gewicht hatten - auf der individuellen und vielfach einzelfallbezogenen Beratung- und Unterstützung per Telefon, E-Mail und in persönlichen Gesprächen am Rande von eigenen und von Informationsveranstaltungen von Dritten. Hintergrund dieser Verschiebung war der personelle Umbruch in der Geschäftsstelle.

Der Initiativausschuss hat auch im Jahr 2019 eine Art „Back-Office-Funktion“ für Menschen wahrgenommen, die Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie beraten und begleiten. Sie wurde immer dann in Anspruch genommen, wenn Beratende vor Ort in einer konkreten Beratungssituation bei der rechtlichen Bewertung einer asyl- oder aufenthalts- oder sozialrechtlichen Situation auf kompetente Unterstützung angewiesen waren. Der inhaltliche Schwerpunkt der Beratungstätigkeit lag auf Entwicklungen im Hinblick auf das sogenannte Migrationspaket sowie auf Fragen im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Ausreisepflicht (Abschiebandrohungen, Abschiebehaft, Abschiebungen, Rückkehrförderung), auf Fragen zu Passbeschaffung und Identitätsklärung sowie auf Fragen zu den (sozial)rechtlichen Konsequenzen aufenthaltsrechtlicher Entscheidungen (Leistungsansprüche, Förderansprüche, Möglichkeit des Familiennachzugs ...) im Anschluss an eine Asylentscheidung.

Der Umfang und die Intensität solcher „Berater*innen-Beratungen“ waren auch im Berichtsjahr 2019 sehr unterschiedlich. Sie reichten von kurzen Hinweisen auf relevante Gesetzestexte bis zu zeitintensiven Gesprächen, umfangreichen Recherchen und Rücksprachen mit Dritten (z.B. zuständigen Behörden).

Die Beratung und Unterstützung von haupt- und ehrenamtlichen Berater*innen in schwierigen Einzelfällen diente auch in 2019 einerseits unmittelbar den Beratenden und den von ihnen beratenen Personen und mittelbar der Konzeptentwicklung und der inhaltlichen Ausgestaltung von Fortbildungsangeboten. Zudem waren die in der einzelfallbezogenen Beratungsarbeit erworbenen detaillierten Erkenntnisse über die Anwendungspraxis gesetzlicher Vorschriften und ihre Auswirkungen auf die Lebenssituation von Ausländer*innen eine wichtige Voraussetzung, um kompetente Kritik an Vorschriften bzw. Gesetzesvorhaben formulieren und Änderungsvorschläge unterbreiten zu können.

Im Berichtszeitraum wurden aus Beratungserfahrungen heraus mehrfach Vorschläge und Interventionen abgeleitet, die dem Integrationsministerium oder den für Integration zuständigen Landtagsmitgliedern in den Fraktionen mit dem Ziel zugetragen wurden, eine Änderung der praktischen Anwendung gesetzlicher Vorgaben zu erreichen.

Telefonisch, per Mail oder im direkten Gespräch hat der Initiativausschuss in Rheinland-Pfalz im Berichtsjahr 2019 über 1.000 solcher Beratungsmaßnahmen durchgeführt.

1.3. Sonstige Informationsveranstaltungen und Fachtage (in Zusammenarbeit mit Dritten)

Über Qualifizierungsangebote für Haupt- und Ehrenamtliche im Asyl-, Ausländer-, Sozialleistungs- und Staatsangehörigkeitsrecht hinaus hat der Initiativausschuss in Rheinland-Pfalz - in der Regel mit Kooperationspartner*innen - weitere Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Herausforderungen in der Einwanderungsgesellschaft durchgeführt und eine aktive inhaltliche Rolle (Impulsreferate, Vorträge, Beteiligung an Podiumsdiskussion etc.) übernommen. Im Berichtszeitraum wurden folgende solcher Veranstaltungen geplant und durchgeführt:

❖ 3-teilige Veranstaltungsreihe zur Situation in ausgewählten Dublin-Staaten in Zusammenarbeit mit dem AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V. und der Diakonie Hessen

In Zusammenarbeit mit dem AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V. und der Diakonie Hessen hat der Initiativausschuss im Berichtsjahr 2019 insgesamt drei Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt, die sich jeweils mit der Situation von Schutzsuchenden und Schutzberechtigten in ausgewählten Dublin-Staaten sowie einer weiteren aktuellen Fragestellung im Zusammenhang mit sogenannten „Dublin-Verfahren“ beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beschäftigten. Zielgruppe waren haupt- und ehrenamtliche Berater*innen. Im Einzelnen wurden folgende drei Veranstaltungen durchgeführt:

- 23. Mai 2019 in Mainz: Fachtag zur Situation Asylsuchender und Schutzberechtigter in Griechenland. Weiterer Themenschwerpunkt waren Familienzusammenführungen (aus Griechenland) im Rahmen der Dublin III-Verordnung.
- 22. August 2019 in Mainz: Fachtag zur Situation Asylsuchender und Schutzberechtigter in Italien. Weiterer Themenschwerpunkt war die gegenwärtige Situation des Kirchenasyls - das i.d.R. sog. „Dublin-Flüchtlinge“ betrifft - in Hessen und in Rheinland-Pfalz.
- 14. November 2019 in Mainz: Fachtag zur Situation Asylsuchender und Schutzberechtigter in Ungarn und Bulgarien. Weiterer Themenschwerpunkt war die Kürzung von 1a-Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz in Dublin-Verfahren.

❖ Fortbildungsveranstaltung zu den Neuerungen im Zusammenhang mit dem sogenannten Migrationspaket in Zusammenarbeit mit dem AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V.

Am 23. Oktober 2019 informierte Rechtsanwältin Arta Djahanschiri (Kanzlei Busch & Burger in Mainz) hauptamtliche Fachkräfte der Migrations- und Flüchtlingsarbeit sowie Ehrenamtliche, die über profunde Kenntnisse im Asylrecht verfügen, über die insgesamt acht Gesetze, die im Sommer 2019 im sogenannten „Migrationspaket“ verabschiedet wurden und weitreichende Änderungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht nach sich gezogen haben. Schwerpunkte der Fortbildung lagen auf den Neuregelungen zur Duldung („Duldung light“ nach 60b AufenthG sowie Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung) sowie auf Fragen im Zusammenhang mit Wegen zur Aufenthaltssicherung (u.a. Erteilungsvoraussetzungen und ministerielle Anwendungshinweise zum Bleiberecht bei nachhaltiger Integration nach §25b Aufenthaltsgesetz).

❖ Fachgespräche „Diskursverschiebung und Wertewandel am Beispiel der Flüchtlingspolitik: Ursachen, Akteure, Ergebnisse“ in Mainz

Ziel der bereits im Frühjahr 2017 vom Initiativausschuss gemeinsam mit dem Verband der Volkshochschulen in RLP begonnenen Veranstaltungsreihe ist die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen, die für rheinland-pfälzische Akteur*innen der Zivilgesellschaft mit dem Erstarken rechtspopulistischer Haltungen, Bewegungen auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen verbunden sind. Im Jahr 2019 haben mit dem fünften und sechsten Fachgespräch insgesamt zwei solcher Veranstaltungen stattgefunden. Im Einzelnen:

- 29. März 2019: 5. Fachgespräch „Rechtspopulismus und Diskursverschiebung“.
 - Im Rahmen des Austauschs wurde eine Erklärung zu den Europawahlen 2019 erarbeitet, bei denen europaweit die Gefahr des weiteren Erstarkens rechtspopulistischer und europafeindlicher Kräfte bestand. Die Erklärung „Rheinland-Pfälzer Appell zur Europawahl - Nationalismus ist keine Alternative für Europa!“ - siehe unter Punkt

4.2 dieses Berichts - wurde vom Initiativausschuss zum Europa-Tag am 9. Mai 2019 veröffentlicht.

- Beraten wurde zudem ein vom Initiativausschuss erarbeitetes Konzept für eine 5-teilige Veranstaltungsreihe aus Anlass des 100. Jahrestages der Weimarer Reichsverfassung und des 70. Jahrestages des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Exemplarisch wurden im Berichtsjahr 2019 zwei der insgesamt fünf Module erprobt - siehe hierzu im weiteren Verlauf von Punkt 1.3. des Berichts. Im 2. Halbjahr 2020 werden alle fünf Module in einer Kooperation von Initiativausschuss, Verband der Volkshochschulen in RLP und der Friedtjof-Nansen-Akademie Ingelheim realisiert.
- 13. Dezember 2019: 6. Fachgespräch „Rechtspopulismus und Diskursverschiebung“. Im Rahmen des Fachgesprächs bestand die Gelegenheit, sich über Entwicklungen seit dem letzten Treffen im Frühjahr 2019 und über damit zusammenhängende aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen auszutauschen. Thematisiert wurden u.a.
 - das Abschneiden rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und Bewegungen bei den Kommunalwahlen in RLP, den Europawahlen sowie bei den Landtagswahlen in Bremen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen,
 - der rechtsextrem motivierte Mordanschlag auf den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sowie
 - die geänderte Einschätzung von Teilen der AfD durch den Verfassungsschutz.

Als Gesprächspartner zur Verfügung stand bei dem 6. Fachgespräch Prof. Benno Hafener, der über die bisher genannten Diskussionspunkte hinaus über erste Ergebnisse einer Studie zu Personen und zur Sozialstruktur der AfD in Hessen und über Analogien und Unterschiede im Hinblick auf Rheinland-Pfalz informierte.

❖ 2-teilige Veranstaltungsreihe „70 Jahre Grundgesetz – 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung: In guter Verfassung?“ in Worms

Zum 100. Jahrestag der Weimarer Reichsverfassung und dem 70-jährigen Jahrestags des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland hat sich der Initiativausschuss in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Luthergemeinde Worms/Runder Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus mit zwei Veranstaltungen am Rahmenprogramm der Ausstellung „Kunst trotz(t) Ausgrenzung“ beteiligt. Die Ausstellung der Diakonie Deutschland, die vom 27. Oktober bis zum 15. Dezember 2019 in Worms und Osthofen gezeigt wurde, stand unter der Schirmherrschaft der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Ziel der 2-teiligen Veranstaltungsreihe war es, an ausgewählten Beispielen einen Blick auf die Verfassungswirklichkeit im Jahr 2019 zu werfen und zu fragen: „In guter Verfassung?“

- Am 12. November 2019 stand dabei das Grundrecht auf Asyl (Referent: Karl Kopp von der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL) im Zentrum
- Am 19. November 2019 wurde das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften in der Einwanderungsgesellschaft (Referent: Pfarrer i.R. Peter Oldenbruch) thematisiert.

Jeweils ca. 35 Teilnehmer*innen wurden für die Vorträge mit anschließender Diskussion verzeichnet.

❖ Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema „Solidarität im Visier: Kriminalisierung von Flucht und Flüchtlingshilfe

In Zusammenarbeit mit dem AK Asyl – Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. führte der Initiativausschuss am 27. Juni 2019 in Mainz eine Veranstaltung durch, bei der die zunehmende Diskreditierung und Kriminalisierung von Flüchtlingen und insbesondere von Flüchtlingshelfer*innen thematisiert wurde. Maximilian Pichl von der Universität Kassel informierte vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen - z.B. Hausdurchsuchungen bei kirchenasylgewährenden Gemeinden in Rheinland-Pfalz,

Bedrohung der Gemeinnützigkeit von attac und VVN, Kriminalisierung der Seenotrettung im Mittelmeer.

❖ **Zwischen Barrieren, Träumen und Selbstorganisation – Lesung mit „Jugendliche ohne Grenzen“ zur Lebenssituation von jungen Flüchtlingen in Deutschland**

In Kooperation mit dem Landesverband Rheinland-Pfalz der Heinrich Böll-Stiftung, dem AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP e.V. und dem Cardabela Buchladen in Mainz veranstaltete der Initiativsausschuss am 14. Oktober 2019 eine Lesung mit Mitgliedern eines Autor*innen-Kollektivs, das sich bei „Jugendliche ohne Grenzen“ organisiert und in einem Sammelband über Barrieren, Träume und die Selbstorganisation junger Flüchtlinge berichtet hat. Die Autor*innen beschreiben darin, wie sie das Aufnahmeland Deutschland und ihre Situation darin empfinden und berichteten über ihren Alltag, der geprägt ist von erschwerten Bedingungen wie Rassismus und struktureller Diskriminierung einerseits und den alltäglichen Anforderungen des Erwachsenwerdens andererseits.

❖ **Fachtagung „What about Menschenrecht? - Perspektiven der Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik in 'besorgten' Zeiten"**

Veranstaltung am 15. Oktober 2019 in Mainz in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung RLP und dem AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP e.V.. Anlass der Fachtagung war die Veränderung der Debatte um die Aufnahme und Integration von Migrant*innen und Flüchtlingen seit dem Jahr 2015. Das seinerzeitige Bekenntnis zur umfassenden Geltung der Menschenrechte, zur Pflicht auf Hilfeleistung sowie zur Mitverantwortung für Flucht- und Migrationsursachen ist stark in die Defensive geraten. Trotz dieser Verschiebung im gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnis gibt es in der Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik eine Vielzahl konkreter und zukunftsorientierter Herausforderungen und Gestaltungsnotwendigkeiten, die dringend und konstruktiv angegangen werden müssen. Gemeinsam mit vor Ort und auf Landesebene haupt- und ehrenamtlich in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit engagierten Menschen wollte die Fachtagung Raum schaffen für den Austausch darüber, wie

- sich die derzeitige Kräfteverschiebung in der politischen und gesellschaftlichen Debatte über Asyl und Migration begründen lässt und welche Konsequenzen sie hat;
- Konzepten (wieder) mehr Gehör und größere Reputation verschafft werden können, die Herausforderungen der Asyl- Migrations- und Integrationspolitik solidarisch und aus einem emanzipatorischen Blickwinkel angehen.

❖ **Fachtagung „Auf dem Weg zu gelebter Vielfalt in Rheinland-Pfalz: Strategien, Konzepte und Praxis der Anti-Diskriminierungsarbeit - was es gibt und was noch fehlt.“**

Am 18. November 2019 veranstaltete das Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz einen Fachtag zur Anti-Diskriminierungsarbeit in Rheinland-Pfalz. Zur weiteren Arbeit des Netzwerks im Berichtsjahr siehe Punkt 2 des Jahresberichts.

Der Geschäftsführer des Initiativsausschusses ist Mitglied der Koordinierungsgruppe des Netzwerks, war federführend an der Planung und Durchführung des Fachtags beteiligt und leitete eine der insgesamt drei Arbeitsgruppen im Rahmen der Veranstaltung. Der Fachtag richtete sich an Akteur*innen im Handlungsfeld „Gleichstellung und Antidiskriminierung“ sowie an Vertreter*innen von sozialen und politischen Organisationen und an die interessierte Öffentlichkeit. Im Gespräch mit Expert*innen wurden verschiedene Strategien der Anti-Diskriminierungsarbeit und best-practice-Projekte aus Rheinland-Pfalz vorgestellt und anschließend erörtert, welche Lücken im Diskriminierungsschutz es noch zu schließen gilt. Ein besonderes Augenmerk legte die Veranstaltung dabei auf die Frage, ob und in welchen Bereichen ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz wichtige Beiträge zur Verbesserung der Situation leisten könnte. In diesem Zusammenhang wurden auch die Erfahrungen des Landes Berlin thematisiert und diskutiert, wo ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz zum Zeitpunkt des Fachtags in der parlamentarischen Beratung war.

❖ **Mahnwache zum Tag der Menschenrechte**

Gemeinsam mit dem AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP e.V., Armut und Gesundheit in Deutschland e.V., Flüchtlingsrat Mainz, Medinetz Mainz e.V., Resqship Mainz und Save me Mainz veranstaltete der Initiativausschuss zum Tag der Menschenrechte am 9. Dezember 2019 in Mainz eine Mahnwache, um auf die dramatische Situation von Flüchtlingen an den Grenzen und vor den Toren Europas und auf die Verantwortung aufmerksam zu machen, die die EU, die Bundesrepublik, aber auch die Landesregierung für diese Menschen haben.

❖ **Verabschiedung von Roland Graßhoff als Geschäftsführer des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz**

Am 5. September 2019 verabschiedete der Sprecher*innenkreis des Initiativausschusses Roland Graßhoff nach über 30 Jahren, in denen er die Geschäftsführung des Initiativausschusses wahrgenommen hatte, in den Ruhestand und begrüßte den bisherigen stellvertretenden Geschäftsführer, Torsten Jäger, als seinen Nachfolger. Gewürdigt wurde Roland Graßhoff in Ansprachen u.a. von der Staatssekretärin im Integrationsministerium, Frau Dr. Christiane Rohleder, den Mitbegründern des Initiativausschusses, Prof. Dr. Franz Hamburger und Pfarrer i.R. Friedrich Vetter sowie von der Geschäftsführerin des AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V., Pierrette Onangolo und dem Geschäftsführer der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL, Günter Burkhard.

2. Aktive Mitarbeit in Gremien auf Landes- und Bundesebene

*Der Initiativausschuss arbeitet auf Landes- und auf Bundesebene in zahlreichen Gremien mit, um seinen Anliegen - Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz bzw. in Deutschland lebenden Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie das solidarische Zusammenleben von einheimischer Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten - Gehör zu verschaffen, die Aufnahmegesellschaft hierfür zu sensibilisieren und politische Entscheidungen in diesem Sinne zu befördern. Im Berichtszeitraum 2019 hat er in folgenden Gremien regelmäßig mitgearbeitet:*

❖ **Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI)**

Im Berichtszeitraum wurde der Initiativausschuss von Roland Graßhoff und Torsten Jäger im Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI) vertreten. Das von der Landesregierung initiierte und koordinierte Gremium will Migrant*innen, ihre Organisationen und weitere Nichtregierungsorganisationen in die Ausgestaltung der Integrationspolitik der Landesregierung einbinden. Dem LBMI gehören mehr als 50 rheinland-pfälzische Organisationen und Einrichtungen an; vertreten sind neben den integrationsrelevanten Ressorts der Landesregierung u.a. die Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Nichtregierungsorganisationen, Migrantenorganisationen sowie Vertretungen der Wissenschaft, der Kommunalpolitik und der Sozialpartner. Im Berichtszeitraum haben insgesamt vier Zusammenkünfte des LBMI stattgefunden. Schwerpunkt der Mitarbeit der Vertretungen des Initiativausschusses war die Nachbereitung des LBMI-Fachtags vom November 2018 zu „Flüchtlingen in Arbeitsmarkt und Bildung“ und die Vorbereitung des LBMI-Fachtags 2020 zur „Interkulturellen Öffnung von Strukturen“.

❖ **Netzwerk Diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz**

Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Initiativen der Antidiskriminierungsarbeit in Rheinland-Pfalz und wurde im Jahr 2010 gegründet. Es setzt sich durch Öffentlichkeitsarbeit, wechselseitigen Informationsaustausch, Qualifizierung von Beratenden und durch die Schaffung von Zugängen zu rechtlicher Beratung für die Gleichberechtigung, Akzeptanz und Selbstbestimmung von Personen und Gruppen ein, die von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen sind. Der Initiativausschuss wird im „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ von Torsten Jäger vertreten. Er gehört der Koordinierungsgruppe des Netzwerks an. Neben den im Jahresbericht unter den Punkten 1.3 und 4.2 geschilderten Aktivitäten des Netzwerks wurden im Berichtszeitraum unter Federführung von Torsten Jäger im Rahmen des Netzwerks Materialien (Plakat und Broschüre) erarbeitet, die auf

eine größere Bekanntheit von Instrumenten und Strukturen zum Schutz vor Diskriminierung in Rheinland-Pfalz abzielen.

❖ **Beirat des Projekts IN² – „Ländliche Gemeinden schaffen Möglichkeiten zur dauerhaften Integration von Zuwanderern“**

Im Rahmen eines von der Universität Kaiserslautern wissenschaftlich begleiteten Projekts „IN²“ sollen Strategien der dauerhaften Integration von Zugewanderten in ländlichen Räumen entwickelt und „im Feld“ erprobt werden. Zwei rheinland-pfälzische Kommunen - die Verbandsgemeinden Gerolstein und Rockenhausen - analysieren in dem Projekt gemeinsam mit Wirtschaftswissenschaftler*innen und Raumplaner*innen die Förder- und Hemmfaktoren für eine erfolgreiche Integration in den ländlichen Raum. Anschließend werden identifizierte Förderfaktoren in der praktischen Arbeit aufgegriffen und Hemmfaktoren bearbeitet. Ein externer Expert*innen-Beirat begleitet das Projekt. Torsten Jäger vertritt den Initiativausschuss im Beirat des Projekts „IN²“. Er hat an den insgesamt drei Sitzungen des Beirats im Jahr 2019 teilgenommen.

❖ **Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte**

Das „Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte“ ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen, die gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung arbeiten. Sie wirken darauf hin, gleiche Rechte für alle Menschen zu schaffen, unabhängig von sozialer, ethnischer und kultureller Herkunft, Geschlecht, Alter, sexueller Identität oder physischer und psychischer Einschränkungen. Dem Netz gegen Rassismus gehören u.a. der Antidiskriminierungsverband Deutschland, die Aktion Courage, der AWO Bundesverband, der Bevollmächtigte des Rates der EKD, die Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund, der Deutsche Caritasverband, das Deutsche Institut für Menschenrechte, das Deutsche Rote Kreuz, der DGB-Bundesvorstand, das Diakonische Werk der EKD, der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, PRO ASYL sowie der Zentralrat der Juden in Deutschland, der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und der Zentralrat der Muslime in Deutschland an. Das Netzwerk dient insbesondere dem Informationsaustausch und der Vernetzung der Arbeit gegen Rassismus, Intoleranz und Ausgrenzung. Dem Initiativausschuss bietet das Netz gegen Rassismus die Möglichkeit zur frühzeitigen Informationsgewinnung im Hinblick auf bundespolitische Entwicklungen und zur Einbindung in bundesweite Diskurse, Entwicklungen und Maßnahmenvorhaben zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Torsten Jäger hat den Initiativausschuss im Berichtsjahr 2019 bei den Zusammenkünften des Netzes gegen Rassismus vertreten.

❖ **Weitere Gremien**

Vertreten durch Roland Graßhoff hat der Initiativausschuss im Berichtszeitraum in dem neu gegründeten „**Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Rheinland-Pfalz**“ und vertreten durch Torsten Jäger in dem **Steuerungskreis des Integrationsministeriums für die Beiratswahlen 2019** und dem ebenfalls vom Integrationsministerium eingerichteten **Begleitgremium zur Evaluierung der rheinland-pfälzischen Einbürgerungskampagne** aktiv mitgearbeitet. Ebenfalls teilgenommen hat der Initiativausschuss durch Torsten Jäger an einem - auf Anregung des Initiativausschusses – von Ursula Groden-Kranich, MdB, eingerichteten „**Runden Tisch Ausbildung junger Flüchtlinge**“ sowie an den von der Evangelischen Kirche der Pfalz initiierten Austauschgesprächen im Rahmen der „**Werkstatt Islam**“.

3. Lobbyarbeit / politische Gespräche

*Der Initiativausschuss versteht sich als Lobbyorganisation für Asylsuchende, Flüchtlinge, Migrant*innen und Menschen mit einer Migrationsgeschichte. Er setzt sich im Interesse des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhaltes für deren Gleichberechtigung in Politik und Gesellschaft ein. Mit diesem Ziel ist er ständig im Gespräch mit Multiplikator*innen und anderen relevanten Akteur*innen der Zivilgesellschaft sowie mit Vertreter*innen der Medien. Darüber hinaus sucht und pflegt er den Kontakt mit der Exekutive sowie den politisch Verantwortlichen in den demokratischen Parteien und den Parlamenten auf kommunaler Ebene sowie im Bund und im Land. Insbesondere trägt er seine*

Positionen regelmäßig in direkten Gesprächen mit den Fraktionen im rheinland-pfälzischen Landtag und mit Mitgliedern der Landesregierung an politisch Verantwortliche heran. Im Jahr 2019 haben in diesem Zusammenhang folgende Gespräche stattgefunden:

❖ **29. Mai 2019: Integrationsministerium**

Gespräch mit Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder und Abteilungsleiter Dr. Daniel Asche.

Thema: Durchsetzung der Ausreisepflicht in Rheinland-Pfalz.

❖ **19. Juni 2019: Grüne-Landtagsfraktion**

Gespräch von Initiativsausschuss und AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Bernhard Braun und der migrationspolitischen Sprecherin, Katharina Binz.

Thema: Durchsetzung der Ausreisepflicht in Rheinland-Pfalz.

❖ **15. August 2019: FDP-Landtagsfraktion**

Gespräch von Initiativsausschuss, AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP und LIGA Rheinland-Pfalz mit der Fraktionsvorsitzenden Cornelia Willius-Senzer.

Themen: Durchsetzung der Ausreisepflicht in Rheinland-Pfalz, Ausbildungssituation von jungen Flüchtlingen, Landesaufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland, Schutz vor Diskriminierung durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz.

❖ **5. Dezember 2019: Integrationsministerium**

Gespräch mit Abteilungsleiter Dr. Daniel Asche über u.a. Durchsetzung der Ausreisepflicht in Rheinland-Pfalz sowie die Möglichkeit eines Landesaufnahmeprogrammes für Flüchtlinge in Not.

❖ **9. Dezember 2019: Integrationsministerium**

Gespräch mit Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder und Abteilungsleiter Dr. Daniel Asche über die Umsetzung des „Migrationspakets“ in Rheinland-Pfalz. Schwerpunkte des Gesprächs lagen auf den Themenbereichen Duldungen, Identitätsklärung/Passbeschaffung, Unterbringung und unabhängige Verfahrensberatung. Grundlage des Gesprächs war ein vom Initiativsausschuss gemeinsam mit dem AK Asyl-Flüchtlingsrat entwickeltes rechtspolitisches Papier zu verbleibenden Gestaltungsspielräumen, mit denen die Landesregierung unverhältnismäßige Härten, die sich aus dem Migrationspaket für Betroffene ergeben, abfedern könnte.

4. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Stellungnahmen

*Mit seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bemüht sich der Initiativsausschuss darum, kontroverse Debatten über die Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft zu versachlichen, die Aufnahmegeellschaft für die Chancen und Herausforderung der Einwanderung zu sensibilisieren, in Politik und Gesellschaft meinungsbildend zu wirken und auf eine menschenrechtsorientierte und dem Gedanken der Gleichbehandlung verpflichteten Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik in Rheinland-Pfalz hinzuwirken. Dabei geht der Initiativsausschuss insbesondere bei der Erarbeitung und Bekanntmachung von Stellungnahmen, Forderungen und Positionen vielfach Bündnisse mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften ein. Im Berichtszeitraum wurden neben der **ca. 14-tägigen Versendung eines kommentierten Newsletters** über den E-Mail Verteiler **ca. 200 weitere Informationsmails zu relevanten Zahlen, Daten, Fakten, Studien und rechtlichen Entwicklungen versendet** und darüber hinaus u.a. die folgenden Maßnahmen der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt:*

4.1. Aufbau eines Twitter-Accounts

Seit Mai 2019 ist der Initiativsausschuss auf der Plattform „Twitter“ präsent. Seit Mai bis Ende 2019 hat der Initiativsausschuss ca. 500 Tweeds abgesetzt. Mit über 100 „Follower*innen“ zum Jahresende und einer daraus resultierenden Reichweite von bis zu 8.000 Zugriffen/Tweed wurde der Einstieg in eine für den Initiativsausschuss neue Form der Öffentlichkeitsarbeit über die sozialen Medien geschaffen, die sukzessive weiterentwickelt und ausgebaut werden soll. Der Twitter-Account des Initiativsausschuss ist erreichbar über <https://twitter.com/inimigration>

4.2. Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Erklärungen

Im Berichtszeitraum 2019 wurden die folgenden Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Erklärungen veröffentlicht:

❖ **Ausgewählte Handlungsfelder der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik im Jahr 2019 – Erwartungen und Positionen**

In dem gemeinsam mit dem AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V. erarbeiteten Positionspapier vom 15. Januar 2019 hat der Initiativausschuss mit Blick auf das Jahr 2019 auf insgesamt vier Handlungsfeldern – Junge Flüchtlinge in der betrieblichen Ausbildung, Nachholende Schulabschlüsse für Flüchtlinge, Gewaltschutz und Infrastruktur in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes, Aktionsplan gegen Rassismus – Erwartungen und Positionen formuliert und den Regierungsfractionen sowie der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz zugeleitet.

❖ **Pressemitteilung zu der von der Kreisverwaltung Südliche Weinstraße veranlassten Abschiebung einer somalischen Flüchtlingsfrau aus einer Klinik vom 21. Januar 2019**

In der Pressemitteilung vom 21. Januar 2019 kritisiert der Initiativausschuss die Umstände der Abschiebung einer 22-jährigen Somalierin aus dem Pfalz-Klinikum in Klingenmünster. Die junge Frau wurde nachts direkt aus dem Krankenbett zum Flughafen gebracht und auf Grundlage der „Dublin III-Verordnung“ nach Italien abgeschoben. Damit wurde die klare Empfehlungen der Landesregierung missachtet, von Abschiebungen aus Krankenhäusern abzusehen. In der Pressemitteilung fordert der Initiativausschuss gemeinsam mit dem AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V. die Landesregierung dazu auf, dem „*Treiben einzelner Landkreise im Interesse der eigenen Glaubwürdigkeit und der Menschenrechte - die auch für Ausreisepflichtige gelten - mit Entschlossenheit Einhalt*“ zu gebieten.

❖ **Pressemitteilung zu Hausdurchsuchungen bei Pfarrer*innen kirchenasylgewährender Gemeinden im Rhein-Hunsrück-Kreis**

In der Pressemitteilung vom 1. Februar 2019 kritisiert der Initiativausschuss die Hausdurchsuchungen in vier kirchenasylgewährenden Gemeinden im Rhein-Hunsrück-Kreis als „*weitere Eskalationsstufe im Streit um das Kirchenasyl in Rheinland-Pfalz*“. Sie mache deutlich, dass „*der Respekt vor Kirchenasylen inzwischen nicht nur in einzelnen rheinland-pfälzischen Landkreisen, sondern auch in den Justizbehörden des Landes geschwunden*“ sei und dass die „*monatelange Agitation einzelner Landkreise und der Opposition im Landtag gegenüber dem Kirchenasyl offenbar Früchte getragen*“ habe. Bundesweit, so die Pressemitteilung weiter, gäbe es keine vergleichbaren Fälle, in denen die Situation derart eskaliert sei.

❖ **Pressemitteilung zur regelmäßigen Beteiligung von Rheinland-Pfalz an Sammelabschiebungen nach Afghanistan**

In der Pressemitteilung von 15. Februar 2019 kritisiert der Initiativausschuss die regelmäßige Beteiligung des Landes an Sammelabschiebungen nach Afghanistan und fordert er die Landesregierung dazu auf, sich hieran angesichts der „*damit verbundenen konkreten Lebensgefahr für die Betroffenen*“ nicht mehr zu beteiligen - unabhängig davon, ob die Betroffenen in Deutschland nur vergeblich Schutz gesucht oder schwere Straftaten begangen haben.

❖ **Pressemitteilung zu dem Spitzenplatz des Landes Rheinland-Pfalz bei Abschiebungen und Rückführungen im Jahr 2018**

In der Pressemitteilung vom 20. März 2019 weist der Initiativausschuss darauf hin, dass Rheinland-Pfalz im Jahr 2018 im Verhältnis zu seiner Aufnahmequote mehr Abschiebungen zu verantworten hat als fast alle anderen Bundesländer. Nur in Nordrhein-Westfalen – so heißt es in der Pressemitteilung - sei im Jahr 2018 noch häufiger abgeschoben worden. Der Initiativausschuss kritisiert: „*Ein Spitzenplatz bei Abschiebungen lässt sich mit dem Anspruch der Landesregierung, die Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz humanitär zu gestalten, grundsätzlich nicht vereinbaren*“. Es gebe im bundesweiten Ländervergleich zudem keinen ersichtlichen Grund für die ausgeprägte Abschiebeneigung in Rheinland-Pfalz. Denn die Zahl der hier lebenden ausreisepflichtigen Personen sei nach Auskunft der Bundesregierung deutlich geringer als in den meisten anderen Bundesländern.

❖ **Pressegespräch zu einer gemeinsamen Erklärung von Initiativausschuss, AK Asyl Flüchtlingsrat RLP e.V. und LIGA Rheinland-Pfalz**

In einem gemeinsamen Pressegespräch am 2. April 2019 haben der Initiativausschuss, AK Asyl Flüchtlingsrat RLP e.V. und die LIGA Rheinland-Pfalz ihre Erklärung „*Humanitäre Flüchtlingspolitik kennt kein ‚Entweder - Oder‘ zwischen Ausreisepflicht und menschenwürdiger Behandlung*“ vorgestellt. Darin weisen sie darauf hin, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung in der Vergangenheit ihre Gestaltungsspielräume immer wieder dazu genutzt hat, um in der Flüchtlingspolitik einen schonenden Ausgleich zwischen dem Interesse an der Durchsetzung der Ausreisepflicht und humanitären Erwägungen herbei zu führen. Inzwischen aber sei festzustellen, dass sich die Landesregierung von dieser Praxis entfernt habe. Insbesondere hinsichtlich der Durchsetzung der Ausreisepflicht komme es in den letzten Monaten in Rheinland-Pfalz immer wieder zu unverhältnismäßigen Maßnahmen.

Die drei Organisationen betonen in ihrer Erklärung: *„Die Pflicht zur Ausreise kann nicht an die Stelle des Rechts auf eine menschenwürdige Behandlung treten. Weil auch ausreisepflichtige Personen Träger*innen von Grund- und Menschen-rechten sind, fordern wir die rheinland-pfälzische Landesregierung dazu auf, von Abschiebungen nach Afghanistan angesichts der Gefährdungssituation vor Ort abzusehen und sicherzustellen, dass kommunale Ausländerbehörden keinen Ausreisedruck auf geduldete afghanische Flüchtlinge ausüben; den Ausländerbehörden in Rheinland-Pfalz die Abschiebung bzw. Rücküberstellung ausreisepflichtiger Personen zu untersagen, die sich in stationärer Behandlung in einem Krankenhaus oder einer Klinik befinden; Gesetzesinitiativen die Zustimmung zu verweigern, mit denen sogenannten ‚Dublin-Flüchtlingsen‘ nur noch verminderte Sozialleistungen zuerkannt werden sollen. Die Landesregierung hat die rechtlichen Möglichkeiten und Kompetenzen, um diese Mindestanforderungen zu erfüllen. Ihr Anspruch, für eine humanitäre Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz zu stehen, muss sich daran messen lassen, ob und inwiefern sie dazu bereit ist, von diesen Möglichkeiten und Kompetenzen Gebrauch zu machen.“*

❖ **Offener Brief zur Seenotrettung an Bundeskanzlerin Merkel - Notfallplan für Bootsflüchtlinge, "Sichere Häfen" ermöglichen, Keine Rückführung nach Libyen**

Angesichts des Sterbens auf dem Mittelmeer und der katastrophalen Lage in Libyen hat sich der Initiativausschuss in einem bundesweiten Bündnis von mehr als 250 Organisationen am 3. April 2019 mit einem Offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel gewandt und sie dazu aufgefordert,

- auf europäischer Ebene einen Notfallplan für aus Seenot gerettete Flüchtlinge zu erarbeiten,
- aufnahmebereiten Kommunen in Deutschland und in Rheinland-Pfalz die freiwillige Aufnahme von zusätzlichen Schutzsuchenden zu ermöglichen und
- dafür Sorge zu tragen, dass Rückführungen von aus Seenot geretteten Flüchtlingen nach Libyen unterbleiben.

Die beteiligten Organisationen erklären in dem Schreiben: *„Wir sind erschüttert angesichts der gegenwärtigen europäischen Politik, die immer stärker auf Abschottung und Abschreckung setzt – und dabei tausendfaches Sterben billigend in Kauf nimmt. Die Pflicht zur Seenotrettung ist völkerrechtlich und das Recht auf Leben nicht verhandelbar.“*

❖ **Erklärung des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz zum Internationalen Roma-Tag: Hass und Hetze gegen Roma und andere sind immer noch an der Tagesordnung**

Das Netzwerk diskriminierungsfreies RLP – in dem der Initiativausschuss aktiv mitarbeitet – hat in einer Erklärung zum Internationalen Roma-Tag am 8. April 2019 eine Resolution des Europäischen Parlaments begrüßt, in der die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert werden, wirkungsvolle „Strategien zur Integration der Roma“ zu entwickeln. Das Netzwerk weist in seiner Erklärung darauf hin, dass die Resolution des Europäischen Parlaments zwar mit großer Mehrheit angenommen wurde, dass aber die beiden Fraktionen, in denen viele der rechtspopulistischen, rechtsextremen und nationalistischen Parteien aus EU-Mitgliedsstaaten zusammengeschlossen sind ihre Zustimmung verweigert haben.

Mit Blick auf die Europawahlen im Mai 2019 erklärt das Netzwerk deshalb: *„Europaweit droht bei den Europawahlen ein Erstarken rechtspopulistischer, rechtsextremer und nationalistischer Parteien. Dort, wo sie mittelbar oder unmittelbar bereits an Regierungen beteiligt sind, treten sie die Rechte und die Würde von Menschen mit Füßen, die ihrem völkischen, religiösen und sozio-kulturellen Homogenitätswahn nicht entsprechen. Und überall in Europa arbeiten sie daran, die Diskurse in Politik und Gesellschaft weit nach rechts zu verschieben: Fundamentale Menschenrechte für Flüchtlinge und Migrant*innen, Roma und andere ethnische oder religiöse Gruppierungen und für queere Menschen werden wieder in Frage gestellt und der Einsatz für Gleichheit und die Freiheit von Diskriminierung als ‚Gutmenschentum‘ angefeindet. Politik, Medien und wir als zivilgesellschaftliche Akteur*innen haben rückwärtsgewandten Vielfalts-Feinden lange nicht laut und entschieden genug widersprochen - sei es aus der trügerischen Sicherheit heraus, das Demokratie etwas Selbstverständliches ist, sei es aus Bequemlichkeit, aus falschen strategischen Überlegungen oder aus Angst. Es ist dringend an der Zeit, wieder mutig, laut und vernehmbar zu werden. Wir sind fest davon überzeugt, dass Vielfalt ein Mehrwert für unsere Gesellschaft ist, dass Menschenrechte unteilbar sind und dass der Schutz vor Diskriminierung ein solches Menschenrecht ist. Und wir sind fest davon überzeugt, dass die Mehrheit in unserem Land diese Positionen teilt. An diese Mehrheit appellieren wir: Erheben Sie Ihre Stimme! Gehen Sie am 26. Mai 2019 zur Europawahl! Für ein menschliches, weltoffenes und zukunftsfähiges Europa.“*

❖ **Online-Broschüre zur Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz: Handlungsspielräume der Kommunen für eine menschliche Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik**

Zu den Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 hat der Initiativ Ausschuss in einer gemeinsamen Online-Broschüre mit dem AK Asyl – Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. über „Handlungsspielräume der Kommunen für eine menschliche Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik!“ informiert:

*„Zwar wird der große Rahmen der Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik auf der Bundes- und auf der Landesebene gezimmert. Aber auch die Kommunalpolitik hat Handlungs- und Gestaltungsspielräume, die sich positiv oder negativ auf die konkrete Lebenssituation von Flüchtlingen und Migrant*innen auswirken. Einige werden in dieser Broschüre beschrieben“,* heißt es in der Einleitung. Konkret beleuchtet wird u.a. die Verwendung der Integrationspauschale des Bundes, die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen, die menschenwürdige Unterbringung von Schutzsuchenden, die Ausrichtung der Ausländerbehörden als serviceorientierte Willkommensbehörden, die Kommunen und Landkreise als Arbeitgeber*innen, die Unterstützung der Wahlen kommunaler Beiräte für Migration und Integration und der Einsatz für das kommunale Wahlrecht für Drittstaater*innen.

Ziel der Broschüre war es mit Blick auf die Kommunalwahlen, zu Interaktion zwischen Wähler*innen und Bewerber*innen um Mandate anzuregen: *„Fragen Sie Kandidat*innen in Ihrer Kommune im laufenden Kommunalwahlkampf danach, ob und wie sie diese Handlungs- und Gestaltungsspielräume nutzen möchten. Werden sie aktiv und tragen Sie mit dazu bei, dass in den kommenden fünf Jahren in den Gemeindeparlamenten und Kreistagen in Rheinland-Pfalz starke Stimmen für eine menschliche Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik vertreten sind!“* Die Online-Broschüre wurde im Nachgang der Kommunalwahlen im Oktober 2019 erneut überarbeitet und inhaltlich unabhängig von einem Wahltermin ausgestaltet.

❖ **„Rheinland-Pfälzer Appell zur Europawahl - Nationalismus ist keine Alternative für Europa!“**

Zum Europa-Tag am 9. Mai haben der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz und der AK Asyl-Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. den „Rheinland-Pfälzer Appell zur Europawahl - Nationalismus ist keine Alternative für Europa!“ initiiert. Er wurde von mehr als 50 zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen sowie zahlreichen Einzelpersonen aus Rheinland-Pfalz getragen. In dem Appell sprechen sich die Unterzeichner*innen für eine den Menschenrechten verpflichtete und solidarische Europäische Union aus, die unterschiedliche Interessen ihrer Mitglieder sorgfältig austariert und sich ihrer Verantwortung in der Welt bewusst ist. Den „Mein Land zuerst!“-Bestrebungen nationalistischer Parteien und Bewegungen in Deutschland und anderen europäischen Staaten erteilen sie eine deutliche Absage.

❖ Offener Brief an die Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz: Keine Zustimmung zum „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ im Bundesrat!

In einem Offenen Brief hat der Initiativausschuss die Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz am 14. Juni 2019 gemeinsam mit dem AK Asyl – Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. dazu aufgefordert, dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen „Zweiten Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht (Geordnete-Rückkehr-Gesetz)“ im Bundesrat die Zustimmung zu verweigern. Das Gesetz sehe massive und unverhältnismäßige Einschnitte in die Grundrechte von Menschen vor, die - aus unterschiedlichen Gründen - der Ausreisepflicht unterliegen.

❖ Erklärung zum Weltflüchtlingstag

Anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20. Juni 2019 haben der Initiativausschuss und der AK Asyl – Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. in einer gemeinsamen Erklärung darauf hingewiesen, dass die weltweit mehr als 70 Millionen Menschen auf der Flucht unfreiwillige Botschafter*innen von Kriegen und Krisen sind, für die Deutschland und der gesamte globale Norden Mitverantwortung tragen: *„Dieser Mitverantwortung können und dürfen wir uns nicht entledigen“*. Konkret rufen die beiden Organisationen in der Erklärung

- die Kommunen in Rheinland-Pfalz dazu auf, sich zu „sicheren Häfen“ für aus Seenot gerettete Flüchtlinge zu erklären;
- die Landesregierung Rheinland-Pfalz dazu auf, umfangreiche Landesaufnahmeprogramme für Flüchtlinge aufzulegen, die Krieg und Krisen entkommen und jetzt in erbärmlichen Verhältnissen vor den Toren oder an den Rändern Europas gestrandet sind;
- die Zivilgesellschaft dazu auf, gegenüber politisch Verantwortlichen in den Parlamenten und Regierungen immer wieder klar und deutlich zu erklären, dass sie willens und dazu in der Lage dazu sind, dauerhaft ihren Beitrag zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zu leisten.

❖ Pressemitteilung zur geplanten Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

In einer Pressemitteilung vom 27. Juni 2019 kritisiert der Initiativausschuss die auf Bundesebene geplante *„Einordnung in deutsche Lebensverhältnisse“* als Voraussetzung für eine Einbürgerung. Er bezeichnet dieses Vorhaben als *„Tribut an die rechtspopulistisch geprägte Integrationsdebatte“*. Die Forderung nach *„Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“* erinnere stark an die sogenannte Leitkulturdebatte, die schon in der Vergangenheit nicht einladend und integrativ, sondern ausschließend und abschreckend gewirkt habe: *„Es ist zu befürchten, dass die geplante Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes der Willkür Tür und Tor öffnen wird. Wie sollen ‚deutsche Lebensverhältnisse‘ eigentlich definiert werden und vor allem: Wer soll sie definieren ... heute und in zukünftig möglicherweise ganz anderen Zeiten?“*, heißt es in der Pressemitteilung.

❖ „Mainzer Resolution für mehr sichere Häfen in RLP“

In einem Bündnis von 30 Politiker*innen, Parteien, Gewerkschaften und Vereinen hat der Initiativausschuss die *„Mainzer Resolution für mehr sichere Häfen in Rheinland-Pfalz“* des Vereins RESQSHIP vom 8. Juli 2019 unterstützt. Die Resolution fordert größere politische Anstrengungen bei der Bekämpfung von Fluchtgründen und macht gleichzeitig darauf aufmerksam, dass auch auf lokaler Ebene stärker gehandelt werden kann, indem sich Kommunen zu sicheren Häfen erklären.

❖ Stellungnahme zu der Selbstverletzung eines Asylsuchenden in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) in Hermeskeil

In einer gemeinsamen Erklärung haben der Initiativausschuss und der AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP e.V. am 12. September 2019 Stellung zu der Selbstverletzung eines Asylsuchenden in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) in Hermeskeil. Genommen. Darin erklären sie u.a.: *„Wo Menschen über Monate oder gar Jahre ohne Privatsphäre, ohne Zugang zu Arbeit oder Bildung leben müssen und ihnen jederzeit die Abschiebung in Elend oder Obdachlosigkeit droht, sind Taten wie der gestrige Selbstverbrennungsversuch in Hermeskeil keine unerklärlichen Phänomene, sondern sie sind das Resultat allgegenwärtiger Verzweiflung aufgrund immer restriktiver werdender Gesetze! Wir hoffen und wünschen uns sehr, dass der junge Asylbewerber seine Verzweiflungstat überlebt und wieder*

gesundet. Das setzt die Freiheit von Angst vor Abschiebung und eine sichere Aufenthaltsperspektive voraus. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie hierfür Sorge trägt.“

❖ **Gemeinsame Erklärung zum „Globalen Klimastreik“ am 20. September 2019 - #AlleFürsKlima – Wir sind dabei!**

Gemeinsam mit dem Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism), dem Verein Mainzer Kompetenzinitiativen e.V. (mki), dem AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP und „Aktiv für Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz“ hat der Initiativausschuss in einer Erklärung seine Unterstützung für die von „Fridays for future“ initiierten Demonstrationen und Kundgebungen des „Globalen Klimastreiks“ am 20. September 2019 in Mainz erklärt.

In der Erklärung heißt es u.a.: *„Wir setzen uns Tag für Tag mit großem Engagement und konkreter Arbeit dafür ein, dass Integrationsprozesse in unserer Migrationsgesellschaft auf der Basis von Gleichberechtigung und Solidarität erfolgreich verlaufen können. Diese Werte sehen wir durch den Klimawandel bedroht, der Menschenrechte gefährdet und globale Ungleichheiten verschärft. Dürren, Wirbelstürme oder der Anstieg des Meeresspiegels: obwohl die Menschen im Globalen Süden am wenigsten zur globalen Erwärmung beigetragen haben, sind die Folgen der Klimakrise schon heute für sie besonders drastisch und dramatisch. Unsere Teilnahme an dem ‚Globalen Klimastreik‘ ist ein Zeichen der Unterstützung für die ebenso einfache wie berechnigte Forderungen der Initiator*innen: Im Interesse der Bewahrung der Lebensgrundlagen und des friedlichen Zusammenlebens müssen die Regierungen dieser Welt schnellstmöglich grundlegende Maßnahmen ergreifen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, die globale Erwärmung auf unter 1,5° Celsius zu begrenzen und die negativen Konsequenzen des vom Menschen verursachten Klimawandels abzumildern. Wir regen an und rufen dazu auf, dass sich weitere regional oder landesweit in der Asyl-, Migrations- und Integrationsarbeit aktive Organisationen und Initiativen aus RLP am ‚Globalen Klimastreik‘ beteiligen.“*

❖ **Erklärung zum „Tag des Flüchtlings“: Massive Verschärfungen durch das Migrationspaket - Die rheinland-pfälzische Landesregierung muss verbleibende Spielräume nutzen!“**

In einer gemeinsamen Erklärung zum Tag des Flüchtlings haben der AK Asyl – Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. und der Initiativausschuss die Landesregierung am 27. September 2019 angesichts der auf Bundesebene beschlossenen Restriktionen gegenüber Schutzsuchenden und Schutzberechtigten und angesichts der Not von Flüchtlingen an den Rändern und vor den Toren Europas dazu aufgefordert, *„alles ihr Mögliche tun, um dem Ziel einer humanitären Flüchtlingspolitik so nahe wie möglich zu kommen. Wir wissen, dass sich nicht überall, wo ein Wille ist, auch ein Weg findet. Aber wo es Wege gibt, da müssen sie im Interesse von Menschenrechten und Humanität beschriftet werden. Nicht mehr und nicht weniger erwarten wir von der rheinland-pfälzischen Landesregierung.“*

❖ **Pressemitteilung zur Verabschiedung von Geschäftsführer Roland Graßhoff**

Für den Initiativausschuss ist zum 1. Oktober 2019 eine Ära zu Ende gegangen. Nach mehr als 30 Jahren als Geschäftsführer des Ausschusses ist Roland Graßhoff in den Ruhestand gegangen. Aus diesem Anlass dankte ihm der Initiativausschuss am 30. September 2019 in einer Pressemitteilung. Darin heißt es u.a.: *„Mit dem heutigen Tag verabschiedet sich Roland Graßhoff als Geschäftsführer des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz in den Ruhestand. Für fast 30 Jahre war er das Herz, Hirn und Gesicht unserer Organisation und der Fels in der Brandung der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik in Rheinland-Pfalz. Ohne ihn wäre es im Einwanderungsland Rheinland-Pfalz um nichts besser und um vieles schlechter bestellt. Hierfür danken wir ihm aufrichtig!“*

❖ **Wahl der kommunalen Beiräte für Migration und Integration in RLP - „Botschafter, Brückenbauer, Berater“ - Initiativausschuss ruft zur Beteiligung auf!**

Am 27. Oktober wurden in 48 Kommunen in Rheinland-Pfalz die Beiräte für Migration und Integration neu gewählt. Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP hat in einer Erklärung am 25. Oktober 2019 alle wahlberechtigten Bürger*innen dazu aufgerufen, sich hieran zu beteiligen: *„Seit über 25 Jahren fungieren die Beiräte für Migration und Integration in den Kommunen als Botschafter, Brückenbauer und Berater: Sie geben Migrant*innen und Flüchtlingen eine Stimme, bringen Menschen*

mit und ohne Migrationsgeschichte zusammen und beraten Politik und Verwaltung, um Integrationsprozesse erfolgreich gestalten zu können. Weil Integration vor allem vor Ort gelingt oder misslingt, verdient diese wichtige Arbeit der Beiräte Anerkennung und Unterstützung!“, heißt es in dem Aufruf.

❖ **Pressemitteilung zur Abschiebung einer armenischen Familie durch die Kreisverwaltung Kaiserslautern**

Gemeinsam mit dem AK Asyl – Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. hat der Initiativ Ausschuss in einer Pressemitteilung am 13. November 2019 die Umstände der Abschiebung einer armenischen Familie durch die Kreisverwaltung Kaiserslautern als „unvereinbar mit Menschenrechten und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit“ kritisiert: „Die Wohnung von Familie P., in der sich lediglich die Mutter mit ihren drei Kindern (13, 8 und 5 Jahre) aufhielt, wurde von maskierten Polizeibeamtinnen in der Nacht ohne Vorwarnung aufgebrochen. Gegen mindestens ein Familienmitglied setzten die Beamten anschließend Pfefferspray ein. Der Familienvater befand sich zu diesem Zeitpunkt in stationärer Behandlung in einer Psychiatrischen Klinik. Der Versuch, ihn trotz akuter Suizidgefahr mit einem massiven Polizeiaufgebot aus der Klinik heraus abzuschleppen, scheiterte nur an der Intervention des Klinikpersonals. Die Großmutter der Kinder befand sich am Tag der Abschiebung ebenfalls in stationärer psychiatrischer Behandlung. Sie wurde aus ihrem Patientenzimmer abgeholt. Zusammen mit ihrer Schwiegertochter und den drei minderjährigen Kindern wurde sie nach Moskau abgeschoben. Die Trennung der Familie von Ehemann und Vater wurde in Kauf genommen.“ Initiativ Ausschuss und der AK Asyl – Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. haben die Kreisverwaltung Kaiserslautern angesichts der Umstände der Abschiebung dazu aufgefordert, die Wiedereinreise der Familie zu ermöglichen.

❖ **Pressemitteilung zum Fachtag des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz: Für Diskriminierungsschutz werben! -Beratungsstrukturen stärken! - Landesantidiskriminierungsgesetz verabschieden!**

In einer Pressemitteilung des Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz, in dem der Initiativ Ausschuss aktiv mitarbeitet, haben die Mitglieder des Netzwerks am 18. November 2019 anlässlich eines vom Netzwerk veranstalteten Fachtags ein Fazit der bisherigen Antidiskriminierungsarbeit in Rheinland-Pfalz gezogen. Darin begrüßen sie die enge Verzahnung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Einrichtungen im Feld der Antidiskriminierungsarbeit in Rheinland-Pfalz, die fortgesetzt und weiter intensiviert werden sollte. Zugleich weisen sie darauf hin, dass es in Rheinland-Pfalz an Anlaufstellen für Betroffene mangelt, die sich gegen Diskriminierung wehren wollen und mahnen sie an, fortbestehende Lücken im Diskriminierungsschutz zeitnah durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz zu schließen.

❖ **Pressemitteilung Abschiebungen nach Afghanistan werden zur Routine - Flüchtlingsrat und Initiativ Ausschuss fordern: Rheinland-Pfalz muss Beteiligung einstellen!**

In einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 2. Dezember 2019 haben Initiativ Ausschuss und AK Asyl-Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. die rheinland-pfälzische Landesregierung erneut dazu aufgefordert, sich nicht mehr an Sammelabschiebungen nach Afghanistan zu beteiligen. Zwischen Juli und September 2019 habe die Afghanistan-Mission der Vereinten Nationen (UNAMA) mit fast 1.200 Getöteten und mehr als 3.100 Verletzten die höchste Zahl ziviler Opfer innerhalb eines Quartals seit Beginn systematischer Aufzeichnungen durch die UN im Jahr 2009 dokumentiert. Gleichzeitig belegten aktuelle Studien die desaströse Situation von aus Deutschland nach Afghanistan abgeschobenen Flüchtlingen: Rückkehrer und ihre Familien würden demnach in großer Zahl innerhalb kürzester Zeit nach Ankunft massive Gewalterfahrungen von willkürlichen Festnahmen über bewaffnete Raubüberfälle bis hin zu schwersten Verletzungen durch Anschläge machen müssen.

❖ **Erklärung zum Internationalen Tag der Menschenrechte - „Wenn Menschenrechte nicht mehr für alle gelten, geraten alle in Gefahr!“**

Gemeinsam mit dem AK Asyl – Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. hat der Initiativ Ausschuss in einer Pressemitteilung zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember darauf hingewiesen, dass Schutzsuchenden in der Folge der gesetzlichen Restriktionen seit 2016 immer öfter zentra-

le Grundrechte wie das Recht auf ein faires Verfahren, der effektive Rechtsschutz, das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, der Schutz der Familie oder das Recht auf physische und psychische Gesundheit und medizinische Versorgung vorenthalten werden, um ihre Ausreisepflicht durchzusetzen.

In der Erklärung heißt es: „*Wer zulässt, dass Menschenrechte zur Disposition gestellt und die Würde von Menschen einem angeblich ‚höheren‘ Zweck untergeordnet werden, legt die Axt an die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens: Er verletzt die Rechte und die Würde einzelner und untergräbt zugleich auch das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft aufbaut. Denn er nimmt in Kauf, dass in Zukunft jederzeit andere Zwecke definiert werden können, die jedes Mittel rechtfertigen sollen. Es geht es nicht mehr ‚nur‘ um Flüchtlinge, sondern um alle(s): Die Würde des Menschen ist unantastbar und die Menschenrechte sind unteilbar! Wenn das nicht mehr für alle gilt, dann geraten alle in Gefahr!*“.

4.3. Neue Selbstdarstellung des Initiativ Ausschusses

Im Berichtszeitraum 2019 überarbeitet und neu gestaltet wurde die Selbstdarstellung des Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz. Ziel war neben der Aktualisierung von Zahlen zum Einwanderungsland Rheinland-Pfalz auch, durch die Aufnahme eines Abriss-Formulars für Spenden bzw. den Beitritt zum Trägerverein des Initiativ Ausschusses, um potentiellen Unterstützer*innen ihre Unterstützung einfacher als bis her möglich zu machen.

5. Vernetzungsarbeit

Die Vernetzung der in Rheinland-Pfalz im Handlungsfeld „Asyl, Migration, Integration und Anti-Rassismus-Arbeit“ aktiven Initiativen, Einrichtungen, Verbände und Einzelpersonen leistet der Initiativ Ausschuss nicht nur durch die Aussendung und Verbreitung aktueller Informationen, sondern darüber hinaus durch weitere Aktivitäten und Maßnahmen. Im Einzelnen:

❖ Plenumstreffen des Netzwerkes

In regelmäßigen Plenumstreffen, an denen i.d.R. zwischen 20 und 40 Personen teilnehmen, werden regelmäßig aktuelle politische Entwicklungen besprochen und Informationen zu Aktivitäten vor Ort ausgetauscht. Im Berichtszeitraum 2019 haben insgesamt vier Plenumsitzungen stattgefunden.

❖ Sprecher*innenkreis-Sitzungen des Initiativ Ausschusses

Regelmäßige Zusammenkünfte des Sprecher*innenkreises des Initiativ Ausschusses gewährleisten zwischen den Plenumsitzungen den Informationsfluss zu allen Mitgliedern des Netzwerkes. Ihm gehörten im Berichtszeitraum elf Personen an, die haupt- oder ehrenamtlich in der kommunalen Verwaltung oder in zivilgesellschaftlichen Einrichtungen aktiv sind. Der Sprecher*innenkreis bereitet die Treffen des Plenums inhaltlich vor und nach. Gemeinsam mit der Geschäftsstelle erarbeitet und konzeptioniert er Grundsatzpapiere, Stellungnahmen und Maßnahmenvorhaben des Initiativ Ausschusses. Außerdem vertritt er den Initiativ Ausschuss in Gremien und bei gemeinsamen Aktionen in Bündnissen. Er sieht eine weitere Aufgabe darin, die im Austausch des Netzwerkes gewonnenen Erkenntnisse gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit engagiert und kompetent zu vertreten. Im Berichtszeitraum 2019 haben insgesamt sechs Treffen des Sprecher*innenkreises stattgefunden.

❖ Regelmäßige Mitarbeit im AK Asyl Rheinland-Pfalz

Um Synergieeffekte zu erreichen und um relevante Informationen über aktuelle Entwicklungen und Maßnahmenvorhaben im Bereich Aufnahme und Integration von Flüchtlingen frühzeitig zu erhalten bzw. weiterzugeben, arbeitet der Initiativ Ausschuss eng mit dem AK Asyl Rheinland-Pfalz zusammen. Über die in diesem Sachbericht bereits beschriebenen gemeinsamen Maßnahmen hinaus nehmen Vertretungen des Initiativ Ausschusses regelmäßig an den Treffen des AK Asyl teil. Im Berichtszeitraum 2019 fanden insgesamt vier solcher Treffen statt.

❖ **Regelmäßige Treffen mit der EKHN/Diakonie/Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege/DGB/Verband der Volkshochschulen in RLP und anderen NRO**

Im Berichtszeitraum sind Vertretungen des Initiativausschusses regelmäßig mit hauptamtlichen Mitarbeitenden und Verantwortlichen der genannten Einrichtungen und Institutionen zusammengetroffen. Die Gespräche bildeten die Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen gegenüber der Landesregierung Rheinland-Pfalz auf einzelnen gemeinsam als wichtig erachteten migrations- und integrationspolitischen Themenfeldern, das sich im Berichtsjahr 2019 u.a. in den geschilderten (gemeinsamen) Maßnahmen sowie in einem konkreten Maßnahmenvorhaben niedergeschlagen hat, das zwischenzeitlich realisiert wurde: ein breites Bündnis von Kirchen, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen hat im April 2020 die Landesregierung dazu aufgefordert, mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge in Not der Untätigkeit von Europäischer Union und Bundesregierung entgegenzutreten.

6. Sonstiges

Der Initiativausschuss hat sich im Berichtszeitraum 2019 zur Durchsetzung seiner Anliegen darüber hinaus wie folgt engagiert:

❖ **Mitarbeit im Rechtshilfefonds des Evangelischen Dekanats Mainz zur Unterstützung von Flüchtlingen**

Torsten Jäger vertrat den Initiativausschuss im Berichtszeitraum im Beirat des Rechtshilfefonds des Evangelischen Dekanats Mainz zur Unterstützung von Flüchtlingen. Der Beirat entscheidet über Anträge auf finanzielle Förderung der juristischen Unterstützung von Asylsuchenden in ihrem Asylverfahren. Entscheidungen werden in der Regel im Schriftverfahren getroffen, im Berichtsjahr gab es darüber hinaus eine persönliche Zusammenkunft.

❖ **Härtefallkommission in Rheinland-Pfalz/Papierlose**

Über Pfarrer i.R. Friedrich Vetter, der dort die Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz vertritt und zugleich Mitglied im Sprecher*innenkreis des Initiativausschusses ist, hat sich der Initiativausschuss im Berichtsjahr 2019 bei der „Härtefallkommission“ des Landes Rheinland-Pfalz dafür eingesetzt, dass ausreisepflichtige Migrant*innen und Flüchtlinge in besonders bedrängter Situation nach einer intensiven Einzelfallprüfung aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten können.

❖ **Landesbeirat für den Vollzug der Abschiebungs- und Zurückweisungshaft in Rheinland Pfalz**

Über Friedrich Vetter (Mitglied im Sprecher*innenkreis), der den Vorsitz des Gremiums innehat, wirkte der Initiativausschuss im Berichtsjahr 2019 im „Landesbeirat für den Vollzug der Abschiebungs- und Zurückweisungshaft in Rheinland Pfalz“ mit. Es hat die Aufgabe, das zuständige Integrationsministerium in grundsätzlichen Fragen des Vollzugs und der Anordnung von Abschiebungshaft zu beraten. Der Beratungsauftrag umfasst die Entwicklung und Erprobung von Vollzugsmaßnahmen, die Vorbereitung allgemeiner Richtlinien der Vollzugsgestaltung sowie Fragen der Ausbildung der Vollzugsbediensteten.

❖ **Landesarbeitsgemeinschaft der Integrationsbeauftragten in Rheinland-Pfalz**

Über die im Sprecher*innenkreis mitarbeitenden kommunalen Integrationsbeauftragten (Hannele Jalonen, Dragica Petric und Jürgen Pirrong) ist der Initiativausschuss in der Landesarbeitsgemeinschaft der Integrationsbeauftragten in Rheinland-Pfalz vertreten. Ziel des Gremiums sind (a) die Vernetzung und Gewährleistung eines regelmäßigen Austauschs zwischen den haupt- und ehrenamtlichen Beauftragten und (b) die Intensivierung der politischen Lobbyarbeit für die Belange von Menschen mit einer Migrations- oder Fluchtgeschichte. Im Berichtszeitraum tagte das Gremium regelmäßig.

7. Finanzen und Personalausstattung

Die Arbeit des Initiativausschusses wurde im Berichtsjahr hauptsächlich durch eine institutionelle Förderung des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz ermöglicht. Neben Honorareinnahmen sowie Mitgliedsbeiträgen und Spenden an den Träger des Initiativausschusses (Verein zur Förderung der interkulturellen Arbeit im Lande Rheinland-Pfalz) erhielten wir im Berichtszeitraum weitere Zuwendungen von

- ✓ der Diakonie Hessen;
- ✓ der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau;
- ✓ dem Gossner-Haus Mainz - Arbeitswelt und Gerechtigkeit e.V.;
- ✓ dem Bistum Mainz und
- ✓ dem Caritasverband der Diözese Trier.

In der Geschäftsstelle des Initiativausschusses waren im Berichtszeitraum bis zum 30. September 2019 Roland Graßhoff als Geschäftsführer, Torsten Jäger bis zum 30. September 2019 als Referent und vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2019 als Geschäftsführer sowie Ann-Christin Bölter vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2019 als Referentin mit je einer vollen Stelle beschäftigt.

Mainz, den 3. August 2020

gez. Torsten Jäger (Geschäftsführer)